

Auffassungen der Katholischen Kirche zur Entwicklung in DDR

25. September 1989

Information Nr. 426/89 über Auffassungen führender Vertreter der katholischen Kirche zu Problemen der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 3800, Bl. 1–4.

Serie

Informationen.

Verteiler

Jarowinsky, Kraußer, Löffler – MfS: Mittag, Leiter HA XX, HA XX/4, Tannhäuser (ZAIG/1), Carlsohn.

Bemerkungen

Dokument auch abgedruckt in: Mitter, Armin; Wolle, Stefan (Hg.): »Ich liebe euch doch alle!«. Befehle und Lageberichte des MfS Januar–November 1989. Berlin 1990, S. 172–173.

Nach dem MfS streng intern vorliegenden Hinweisen befasste sich die turnusmäßige Tagung der Berliner Bischofskonferenz – BBK – (4. bis 5. September 1989) sowohl mit zahlreichen innerkirchlichen Fragen als auch mit der aktuellen Situation in den Kirchengemeinden im Zusammenhang mit der Ausreiseproblematik.¹ Die Bischöfe hätten sich unter Hinweis auf den »Weggang« von katholischen Gläubigen und weiteren DDR-Bürgern über die UVR nach der BRD sehr besorgt über die dadurch in den Kirchengemeinden entstandene Lage geäußert, die auch bei vielen Gläubigen Ängste und Betroffenheit ausgelöst hätte.

Nach Meinung der Tagungsteilnehmer habe man in den letzten Wochen besonders die Unzufriedenheit der Bürger mit ihrem Staat verspürt, sie bestünde jedoch schon über einen längeren Zeitraum und es sei deshalb an der Zeit, sich dazu öffentlich zu äußern. Die DDR-Medien, nachdem sie zu der Ausreisethematik viel zu lange geschwiegen hätten, würden in jetzt erfolgten Veröffentlichungen nicht auf die Probleme »hier im Lande«, sondern vorwiegend auf die BRD eingehen und damit »über die Köpfe der Menschen agitieren«. Damit bestätige sich, dass die DDR-Medien, wie schon in der Vergangenheit, an den Realitäten des Lebens vorbeigingen. Vielen DDR-Bürgern fehle die Verbundenheit mit ihrem Land. Eine wesentliche Ursache hierfür sei ihr gestörtes Verhältnis zu den staatlichen Organen, bedingt durch Entscheidungen zuungunsten der Bürger, und ein daraus resultierendes Absinken der Glaubwürdigkeit und staatlichen Autorität.

Als gravierendes Beispiel hierfür sei die Haltung des Staates zur Jugendweiethematik genannt worden. Obwohl es seitens des Staates wiederholt gegenüber dem ehemaligen Vorsitzenden der BBK, Kardinal *Meisner*,² Zusagen gegeben habe, eine offizielle Stellungnahme zur Freiwilligkeit der Teilnahme an der Jugendweihe abzugeben, sei dies bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt ausgeblieben.³

Die Bischöfe hätten einstimmig den Vorschlag des amtierenden Vorsitzenden der BBK, Bischof *Wanke*,⁴ unterstützt, sich im Interesse des Selbstverständnisses der katholischen Kirche zum Thema der ständigen Ausreise von DDR-Bürgern in das Ausland öffentlich zu äußern. Dabei sollte, ihren Auffassungen zufolge, in Betracht gezogen werden, dass die evangelischen Kirchen in der DDR in der von ihnen praktizierten Form zu gesellschaftlichen Fragen in der DDR öffentlich Stellung beziehen und dadurch vor allem jüngere Katholiken anziehen.

Die Bischöfe einigten sich darauf, eine Veröffentlichung in den katholischen Wochenzeitungen in Form eines Interviews des Leiters der Pressestelle der Berliner Bischofskonferenz mit Bischof *Wanke* vorzunehmen.⁵ (Der Wortlaut dieses Interviews werde dem Staatssekretär für Kirchenfragen bereits vor Ablauf der Sperrfrist übergeben.) Mit diesem Interview – so Bischof *Wanke* – werde das Ziel verfolgt, der gegenwärtig in den Gemeinden um sich gegriffenen »Massenpsychose des Weggehens aus der DDR« entgegenzuwirken und aus katholischer Sicht auf Lösungswege einzugehen, die zum Umdenken führen könnten.

Wie weiter bekannt wurde, äußerten sich Bischof *Wanke* sowie der Rektor am Priesterseminar in Erfurt, Prof. *Feiereis*,⁶ auch auf im Rahmen der Bistumswallfahrt der katholischen Kirche im Bereich des Bischöflichen Amtes Erfurt/Meiningen (17. September 1989) stattgefundenen Foren zu gesellschaftspolitischen Fragen.

So betonte Bischof *Wanke* in Beantwortung von Fragen zur politischen Situation in der DDR, dass mit Langmut, Ruhe und Zuversicht durch die Katholiken in der DDR auf Veränderungen gehofft werden solle. In der Beurteilung der gegenwärtigen politischen Situation sei er sich mit den evangelischen Amtsbrüdern einig. Die katholischen Bischöfe in der DDR seien jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bereit, gemeinsam mit den evangelischen Bischöfen Forderungen gegenüber der Regierung zum Ausdruck zu bringen. Anstehende Probleme sollten allein im Namen der katholischen Kirche in der DDR mit staatlichen Stellen besprochen werden, um positive Veränderungen aus der Sicht der Christen zu erwirken.

Auf einem Forum zum Thema »Wozu braucht die DDR einen Freidenkerverband«⁷ erklärte Prof. *Feiereis*, dieser Verband sei nur mit dem Ziel gegründet worden, der Religion den Krieg anzusagen und eine Formation gegen die Kirche bzw. gegen die Religion zu schaffen. Die bei seiner Gründung genannten historischen Wurzeln hätten für die Gegenwart keinerlei Gültigkeit.

Auch er sprach sich für den Verbleib der DDR-Bürger in ihrem Lande aus und verwies darauf, dass sich Veränderungen abzeichneten, die es zu unterstützen gelte. Wörtlich betonte er: »Es gibt die Regierung und die, die denken.«

Die Information ist wegen Quellengefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.

1

Die »Ausreiseproblematik« beschreibt die restriktive Handhabung des Rechts auf freie Wohnortwahl in der DDR. Trotz Verpflichtung auf die Anerkennung der Grundfreiheiten im Rahmen der KSZE und der UNO-Mitgliedschaft hatte die DDR bis 1988 keine rechtliche Grundlage für eine ständige Ausreise geschaffen. Anträge galten daher mit Ausnahme von »Familienzusammenführungen« oder aus anderen »humanitären Gründen« als »rechtswidrige Ersuchen«. Dennoch nahm die Zahl der Antragsteller stetig zu, im Sommer 1989 waren es über 160 000. Die Regierung ging teilweise mit repressiven Maßnahmen gegen die Antragsteller vor. Als Folge begannen sich in den 1980er Jahren Antragsteller unter dem Dach der Kirche zu organisieren. Mit öffentlichen Protesten und Besetzungen von Kirchen und Botschaften versuchten sie, eine beschleunigte Bearbeitung ihrer Anträge zu erreichen. Nach dem Abbau von Sicherungsanlagen an der Grenze zu Österreich im Mai 1989 entwickelte sich besonders Ungarn zum Zentrum der DDR-Fluchtbewegung. In Budapest und in den Städten rund um den Balaton mussten Flüchtlingslager für die mehreren Tausend DDR-Flüchtlinge eingerichtet werden. In der Nacht vom 10. zum 11.9. öffnete Ungarn schließlich seine Grenze für DDR-Bürger, worauf in den kommenden Wochen etwa 57 000 DDR-Bürger über Österreich in die Bundesrepublik flohen. Vgl. Oplatka, Andreas: Der erste Riß in der Mauer. September 1989 – Ungarn öffnet die Grenze. Wien 2009.

2

Joachim Kardinal Meisner, Jg. 1933, katholischer Theologe, 1975–80 Bischof von Erfurt, 1980–89 Bischof von Berlin, seit 1983 Kardinal, 1990–2014 Erzbischof von Köln.

3

Die Jugendweihe ist eine freireligiöse oder säkulare Initiationsfeier für Jugendliche, die in der Regel im 14. Lebensjahr stattfindet. Sie geht in ihren Ursprüngen auf das 19. Jahrhundert zurück und wurde bald von der Arbeiterbewegung aufgegriffen. Nach anfänglichem Zögern beschloss das SED-Politbüro im März 1954, die Jugendweihe in der DDR als Alternative zur christlichen Konfirmation und Kommunion einzuführen. Die evangelischen und katholischen Kirchen betonten von Beginn an die Unvereinbarkeit des neuen Ritus mit dem christlichen Glauben, sahen seit den 1970er Jahren aber von einem Kirchenausschluss bei Teilnahme der Jugendweihe ab. Vgl. Wentker, Hermann: Die Einführung der Jugendweihe in der DDR: Hintergründe, Motive und Probleme. In: Mehringer, Hartmut (Hg.): Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik. München 1995, S. 139–165; Anhalt, Markus: Die Macht der Kirchen brechen. Die Mitwirkung der Staatssicherheit bei der Durchsetzung der Jugendweihe in der DDR, Göttingen 2016, S. 15–26.

4

Joachim Wanke, Jg. 1941, katholischer Theologe, seit 1980 Professor für neutestamentliche Exegese am Seminar in Erfurt, 1980–2012 Bischof des Apostolischen Administrators im Bischöflichen Amt Erfurt-Meiningen (seit 1994 Bistum Erfurt), 1989 Stellvertretender Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz.

5

Das Interview mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Berliner Bischofskonferenz (BKK) Bischof Joachim Wanke fand am 12.9.1989 mit dem Leiter der Pressestelle beim Sekretariat der BBK statt. Es wurde gleichzeitig in den katholischen Kirchenblättern »St. Hedwigsblatt« und »Tag des Herrn« veröffentlicht. Vgl. »Wir sind beunruhigt und besorgt«. In: St. Hedwigsblatt. Katholisches Kirchenblatt in Berlin-Brandenburg, Nr. 39, S. 308. Das Interview ist auch abgedruckt in: Lange, Gerhard (Hg.): Katholische Kirche – Sozialistischer Staat. Dokumente und öffentliche Äußerungen. Leipzig 1993, S. 362–367.

6

Konrad Feiereis, Jg. 1931, katholischer Theologe, 1968–73 Dozent der Philosophie am Philosophisch-Theologischen Studium in Erfurt, 1973–93 Professor für Philosophie an der Universität Erfurt, leitete die Erfurter Hochschule mehrmals als Rektor, Herausgeber der

Erfurter Theologischen Schriften, Gemeindepfarrer in Erfurt-Gispersleben.

7

Der »Verband der Freidenker« (VdF) wurde im Juni 1989 auf Beschluss des SED-Politbüros an der Akademie der Künste gegründet. Er wurde als Institution beworben, die allen Menschen offenstehe, die sich philosophischen, weltanschaulichen und ethischen Fragen »von einer nichtreligiösen Position« aus widmen wollen. Die SED hoffte, mit dem VdF jene unzufriedenen Personen erreichen und binden zu können, die sich sonst den Kirchen und der Opposition zuwenden könnten. Der Verband entfaltete jedoch keine Wirkung, die Mitgliederzahlen blieben bis zum Schluss überschaubar. Vgl. Bildung eines Verbandes der Freidenker der DDR vorbereitet. In: ND v. 14.1.1989, S. 1; Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution in der DDR. Bonn 2009, S. 304–307.

© Copyright by Stasi-Unterlagen-Archiv.